

Die Wählerin

← Blätter zum Wahlkampf →

Mutter und Kind.

Nichts Lieberes auf der Welt gibt es, als ein Kind; kein höheres und reineres Glück als Mutter sein; keine heiligere Aufgabe, als die Erziehung des unbewußten Kindes zum verantwortlichen Menschen; keine größere Freude als das Gedeihen eines jungen Menschen an Leib und Seele. Wenn jede Frau ganz Mutter sein könnte, wenn all ihr inneres Glück unbeschattet von Sorgen und Not zurückfluten könnte in die Familie über Mann und Kinder wie Sonnenschein, welch neues Geschlecht müßte heranwachsen, wie vollkommen müßte die Welt mit solchen neuen Menschen werden. Aber diese Vollkommenheit des Glückes von Mutter und Kind wird ein schöner Traum bleiben, bis die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse vollkommen umgestaltet sind. Solange Kinder in dumpfen Stuben lichtloser Höfe geboren werden, solange sie ohne genügende Pflege und Nahrung, auf dem Straßendammbaum und an Müllkästen spielend aufwachsen müssen, solange die eben erwachenden Sinne bei dem Wohnen von einem halben Duzend oder einem Duzend Menschen in einem Raum alles Häßliche und Harte, oft sogar Gemeinheit und Roheit, wahrnehmen müssen, solange kann das Geschlecht nicht heranwachsen, das gut und frei und stark zum Lebenstempel ist.

Wer ernstlich an einer Aufwärtsentwicklung der Menschheit mitarbeiten will, muß darum zuerst für die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse kämpfen, muß dafür sorgen, daß die breiten, leidenden und schaffenden Massen des Volkes mehr Einfluß auf die Befehlsgewalt, auf die Gestaltung des politischen Lebens bekommen. Hat das jede von euch getan? Oder habt ihr euch darauf beschränkt, zu schelten und zu jammern über das schwere Leben? Nur unzufrieden sein, nur Sehnsucht nach besseren Zuständen empfinden bringt uns keinen Schritt vorwärts. Wir müssen die natürlichen Zusammenhänge der Ursachen und Wirkungen im Staats- und Wirtschaftsleben erkennen und dann müssen wir uns mit klarem Willen in die Reihen derer stellen, die für eine Umgestaltung und Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse arbeiten. Das sind die Sozialdemokraten.

Gerade jetzt, kurz vor den Wahlen, kommen alle politischen Parteien und sagen den Frauen, Müttern und Mädchen, was sie alles für sie getan hätten. Da ist es

notwendig, genau zu prüfen, damit am 7. Dezember ein Wahlergebnis zustande kommt, welches in den kommenden 4 Jahren dem arbeitenden Volke und seinen Kindern nützt.

Wir dürfen wählen, unser Schicksal mitbestimmen, weil uns die sozialdemokratischen Männer von 1918 das Wahlrecht gegeben haben. Die anderen Parteien hatten es uns

bis dahin, trotz aller Lasten, die die Frauen im Kriege getragen haben, verweigert. Wollen wir unser vornehmstes Staatsbürgerrecht nun ausnützen, um unseren Gegnern zu dienen? Da sind zuerst die Deutschvölkischen, die nur Frauenstimmen haben wollen, aber aus Grundsatz keine Frau zum Reichstag oder zum Landtag aufstellen; die die Frauenerwerbsarbeit mit allen Mitteln bekämpfen. In den Reihen dieser Partei sitzt auch Herr Ludendorff, nach dessen Willen der Weltkrieg solange geführt wurde, bis für Deutschland alles verloren war; der dann nach Schweden ausrückte und nun gegen die deutsche Republik für neue Putsch, für neuen Krieg und für die Wiederkehr des Kaisers Stimmung macht, damit er, Ludendorff, wieder oben auf kommt. Will eine Frau noch einmal alles durchmachen, was Ludendorff und seinesgleichen über das deutsche Volk gebracht haben? Nein! Darum darf keine Frau um ihrer selbst und um ihrer Kinder willen deutschvölkisch wählen. Aber ebenso wenig darf sie ihre Stimme für die

Deutschnationale Volkspartei oder für die Deutsche Volkspartei abgeben, denn politisch wollen diese genau dasselbe: sie bekämpfen die Republik, sie wollen den Kaiser wieder haben. Denselben Kaiser, der nicht auf dem Schlachtfelde starb, wie Millionen deutscher Männer und Jünglinge, sondern der vorzog, nach Holland zu übersiedeln. Der nicht sein Vermögen auf dem Altar des Vaterlandes opferte, sondern es dem verarmten Deutschland nahm und nun von Preußen immer mehr verlangt. Und wenn die Sozialdemokraten es nicht bisher verhütet hätten, dann wären ihm die Riesensummen zugestanden worden, obwohl Massen deutscher Kinder hungern, unterernährt sind, körperlich und seelisch zugrundegehen. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volks-



partei wollen neue Zölle auf alle Lebensmittel. Jeder Bissen Brot, jedes Häppchen Fleisch soll versteuert werden und gerade die größten Familien würde diese neue Steuer am meisten treffen. Die Sozialdemokraten haben diese Lebensmittelzölle im letzten Reichstag verhindert; nun sollen die Frauen am 7. Dezember selbst darüber entscheiden. Wählen sie deutschnational oder deutschvolksparteilich, dann kommen die Zölle auf Lebensmittel. Und nicht nur diese, auch Zölle auf Industrieprodukte drohen. Dabei wollen Deutschnationales und Volksparteiler nicht etwa, daß die Löhne steigen. Im Gegenteil, die Löhne sollen sinken, die Arbeitszeit verlängert werden; die Erwerbslosenfürsorge soll abgebaut werden, wenn darüber auch einige tausend Menschen zugrunde gehen, wie der deutschnationale Abgeordnete Dr. Quack im Haushaltsausschuß des Reichstags sagte. Die Wohnungsbewirtschaftung soll aufgehoben werden, damit die Mieten steigen, das Wohnelend noch größer wird, und die Volksseuchen, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, noch mehr steigen.

Die Sozialdemokraten haben die Mietsteuer bekämpft, sie haben durch eine vernünftige Siedlungspolitik der Wohnungsnot abzuweichen versucht; durch Schaffung fortwährender Erweiterung der Wochenhilfe haben sie den notwendigen gesetzlichen Schutz für Mutter und Kind geschaffen. Dem letzten Reichstag lag ein Gesetzentwurf aus dem Washingtoner Abkommen vor, der diese Hilfe weiter ausbauen will. Von den Wahlen am 7. Dezember hängt es ab, ob der kommende Reichstag für die Not von Mutter und Kind Verständnis hat; bei den Wählerinnen liegt die Entscheidung. Die Gesundheitsfürsorge muß ausgebaut werden; Deutschnationales und Volksparteiler werden keine Besitzsteuern für diese Zwecke bewilligen.

Für das Recht der unehelichen Mutter und ihres Kindes ist bisher nur die Sozialdemokratie eingetreten; für die Abänderung der Abtreibungsparagraphen des Strafgesetzbuches haben praktisch und mit Erfolg nur die Sozialdemokraten gekämpft. Die Kommunisten behaupten es anders, aber kann eine ernste Frau diese Partei überhaupt noch ernst nehmen? Wohl kaum, denn tatsächliche Arbeit haben die Kommunisten im letzten Reichstag überhaupt nicht geleistet. Sie haben vielmehr immer gesagt, daß sie mit allen Anträgen, die sie stellen, nur Stimmung machen wollen für die Weltrevolution. Das ist ihre Sache, aber Sache der wählenden Frauen und Mädchen am 7. Dezember ist es, dafür zu sorgen, daß die gegenwärtigen Lebensverhältnisse besser werden und daß die blutige Vergangenheit nicht wieder kommen kann.

Sache der wählenden Frau am 7. Dezember ist es, eine Zukunft schaffen zu helfen, in der ein reines Mutter- und Kinderglück erblühen kann. Um dieser Zukunft willen muß sie die Liste der Sozialdemokratie für den Reichstag und für den Landtag wählen.

Clara Bohm-Schuch.

Junge Sünder vor Gericht.

Von Stadtrat Walter Friedländer, Berlin.

Wer kann diese blaffen Gesichter mit angstverdunkelten Augen vergessen, die vor dem düsteren Ernst des Gerichtssaals, dem forschenden Blick des Richters im schwarzen Talar und des ebenso feierlich verhaltenen Staatsanwalts ganz in sich hinein vertriehen? Bielen von ihnen tritt hier die Autorität des Staates zum erstenmale voll ins Bewußtsein, mit ihrer Gewalt, die den Jungen oder das Mädchen ihre Hilfslosigkeit fühlen läßt.

Bis zum vorigen Jahre kamen Kinder und Jugendliche vom zwölften Lebensjahre ab, die gegen ein Strafgesetz verstoßen hatten, vor die allgemeinen Strafgerichte, das Schöffengericht, die Strafkammer oder das Schwurgericht. 12- und 13jährige Kinder standen oft wegen geringfügiger Straftaten zwischen gefährlichen Verbrechern vor dem Gericht, hörten beim Warten auf den Korridoren von den gewohnheitsmäßigen Besuchern dieser Stätten böse Dinge. Nicht wenige von ihnen fühlten sich dann vor den Richtern als Helden eines Theaterstückes, wenn sie mit einem heimlichen Blick auf ihre Freunde und Bekannten, die dichtgedrängt im Zuschauerraum saßen, dem Richter eine freche Lüge weiszumachen versuchten. Gelang es ihnen, freigesprochen zu werden, weil die Tat ihnen nicht nachgewiesen werden konnte, oder kamen sie mit einem Verweis davon, weil bei ihrer Straftat ein besonders leichter Fall vorgelegen hatte, so meinten sie oft genug, in dem Verfahren einen Triumph errungen zu haben. Sonst aber mußte das Gericht auf die gleichen Strafen erkennen, wie gegen Erwachsene. Erforderlich war nur, daß

der Jugendliche bei der Begehung der Straftat die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht besaß.

Diese frühere gesetzliche Regelung wurde seit langer Zeit als unhaltbar angesehen, und seit dem Jahre 1907 lagen Vorschläge zur Abänderung dieses traurigen Zustandes vor. Allein erst der Entwicklung nach der Revolution, und zwar zum wesentlichen Teil den Anregungen des Genossen Prof. Dr. Kadbruch als Reichsjustizminister und der Unterstützung der sozialistischen Reichstagsmitglieder blieb es vorbehalten, in jahrelangen Kämpfen das Jugendgerichtsgesetz zu schaffen, das seit dem 1. Juli 1923 in Kraft getreten ist. Schulkinder kommen jetzt nicht mehr auf die Anklagebank. Die Strafbarkeit eines Jugendlichen beginnt nun erst mit dem 14. Lebensjahre. Die sozialdemokratische Fraktion hatte darüber hinaus beantragt, Strafmündigkeit erst mit dem 16. Jahre eintreten zu lassen, war aber hiermit nicht durchgedrungen.

Ein Junge oder ein Mädchen zwischen 14 und 18 Jahren dürfen nur bestraft werden, wenn sie zur Zeit der Tat nach dem Grade ihrer geistigen und sittlichen Entwicklung fähig sind, das Ungelegliche ihrer Tat einzusehen und ihren Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen. Das Gericht muß also die persönlichen Eigenschaften des Jugendlichen, seine Intelligenz, seinen Charakter, seine Entwicklung und seine Umgebung sorgfältig prüfen, ehe es zu einer Verurteilung kommen darf. Es hat nicht in erster Linie zu fragen: wie muß der Jugendliche bestraft werden, sondern: wie kann der Jugendliche vor weiteren Straftaten bewahrt, auf den rechten Weg zurückgebracht werden? Trotz mancher Mängel liegt hierin der große Fortschritt des Jugendgerichtsgesetzes: der Erziehungsgedanke hat gegenüber dem reinen Strafgedanken gesiegt. Steht jetzt ein Jugendlicher vor dem Richter, so muß dieser zuerst prüfen, ob Erziehungsmaßregeln erforderlich sind; sind diese Maßregeln ausreichend, so hat der Richter von Strafe überhaupt abzugehen. An Erziehungsmaßregeln stehen ihm zu Gebote: Verwarnung, Ueberweisung in die Zucht der Eltern oder der Schule, Auserlegung besonderer Verpflichtungen, z. B. Verbot des Rauchens, des Besuchs von Kinos, Varietés, Tanzlokalen, die Unterbringung in eine Pflegefamilie oder Anstalt, Schulaufsicht oder Fürsorgeerziehung.

Alle Straftaten Jugendlicher werden jetzt von dem Jugendgericht abgeurteilt. Es besteht aus einem auf diesem Gebiete erfahrenen Richter als Vorsitzenden und zwei Jugendbischöffen, die aus einer vom Jugendamt eingereichten Vorschlagsliste ernannt sind. Einige besonders schwere Straftaten werden vom großen Jugendgericht entschieden, das aus zwei Richtern und drei Jugendbischöffen gebildet wird. Das Verfahren ist im Gegensatz zum gewöhnlichen Strafprozeß nicht öffentlich. Hierin ist vom pädagogischen Standpunkt aus ein wichtiger Gewinn zu erblicken. In der Verhandlung werden gar oft Dinge ans Licht gezogen, die das Schamgefühl des Mädchens oder des Jungen tief berühren, die als Schuldige oder als Zeugen in das Verfahren verwickelt sind. Jetzt können nicht mehr alle Bekannte und Nachbarn mit gespanntem Ohren auf den Bänken des Saales sitzen und sich an der Verlegenheit der armen jungen Menschen weiden. Es fällt auch jenes Gegenteil fort, daß sich leider geartete Jugendliche durch den Zuhörerkreis in eine Heldenerolle gedrängt fühlen.

Was führt unsere jungen Sünder vor die Schranken des Gerichts? In der Zeit der Inflation und der raschen Geldentwertung waren neun Zehntel aller Straftaten von Jugendlichen Eigentumsvergehen, Diebstahl und Unterschlagung. Besonders häufig war in dieser Zeit der Metalldiebstahl, zu dem auch die zahlreichen Luftaufstellungen die Jugendlichen stark anregten. Damals haben sich an solchen Metalldiebstählen gerade die jüngeren 12- bis 13jährigen Jungen beteiligt. Jetzt sind diese Straftaten seltener geworden und auch die Eigentumsvergehen sind zurückgegangen. Hingegen wird oft genug der Junge oder das Mädchen vor das Gericht gezogen, weil sie gegen einen ihnen ungerecht erscheinende Polizeistrafe Einspruch erhoben haben. Hier handelt es sich zumeist um geringfügige Vergehen; besonders häufig stehen hier die Anklagen wegen des Versäumens der Fortbildungsschule zur Verhandlung.

Die kurzfristige Freiheitsstrafe, die früher häufig verhängt und vollstreckt wurde, wird heute von den meisten Jugendgerichten nur selten und ungern angewandt. Sie befürchten, daß ein Jugendlicher, der auf einige Tage ins Gefängnis gesteckt wird, dort schlecht beeinflusst wird. Erziehlisch ist es gewiß nicht, daß diese Jungen und Mädchen auf ein paar Tage im Gefängnis bleiben. Schwere Verbrechen sind bei Jugendlichen in letzter Zeit nicht so häufig gewesen.

In der Mehrzahl der Fälle kann das Jugendgericht deshalb im Urteil die Vollstreckung der Freiheitsstrafe aussetzen. Der Jugendliche soll sich dann in einer Probezeit von zwei bis fünf Jahren Strafverdienst leisten; bewährt er sich in dieser Frist, so wird ihm die Strafe erlassen. Bei der Beurteilung der Straftat kann das Jugendgericht stärker als früher die soziale Lage der Jugendlichen und seiner Familie berücksichtigen und damit auf die wahren Ursachen des Verbrechens zurückgreifen, die oft genug nicht in der verbrecherischen Neigung des jungen Menschen, sondern in dem harten Zwang der Not zu finden sind.



Mutter: „Der Hund hat's besser als meine Kinder.“
 Die Damen: „Aber, liebe Frau, wir beneiden Sie so um Ihre lieben Kinder.“
 Mutter: „Ich tausch auch gar nicht mit euch, ihr seid mit eurer Liebe auf den Hund gekommen — aber daß meine Kinder auf den Hund kommen, weil's eure Hunde zu gut haben — das ist eine Schand!“

Gassenjunge.

Seh' ich im Staub der Gassen ihn spazieren,
 So schmutzig und so schön,
 Mit Kleidern, die aus Flecken nur bestehen,
 Zerriß'nen Schuh'n und pflüßigen Manieren,
 Seh' ich ihn mitten auf dem Straßenpflaster
 Mit Lumpen an den Beinen,
 Wie er die armen Hunde wirft mit Steinen,
 Schon frech und schon vertraut mit jedem Kaster.
 Seh' ich ihn springen, hör' ihn lachen helle,
 Das arme Dornenreis,
 Das seine Mutter in der Werkstatt weh,
 Die Hütte leer, den Vater in der Zelle,
 Dann greift die Angst um ihn mir an die Seele,
 „Wie findest du,“ frag' ich mich,
 „So ausgestoßen und so schußlos dich,
 Zurecht in dieser Welt voll Schuld und Fehle? ...“
 Was wirst du wohl, du munterer Hungerleider
 In zwanzig Jahren sein?
 Ein Gauner und Betrüger schlau und fein,
 Ein fleiß'ger Arbeitsmann — ein Beutelschneider?
 Trägst du dereinst des Handwerks Ehrenkittel, —
 Des Sträflings rauhes Kleid?
 Treff' ich dich bei gesunder Tüchtigkeit, —
 Verdammst zum Kerker, oder gar im Spittel? ...“
 ... Ach sieh, ich möcht' zu ihm heruntersteigen
 Und ziehn ihn an mein Herz;
 Ich möchte, ihn umarmend, meinen Schmerz,
 Mein Mitleid, meine Traurigkeit ihm zeigen.
 Und warme Küsse möchte ich ihm drücken
 Auf Stirn und Wangen gleich,
 Und flüstern ihm, an Bruderliebe reich,
 Die heil'gen Worte zu, die mich ersticken:
 „Auch mir ist stets das Anglück treu geblieben,
 Ein Dornenreis bin ich gleich dir,
 Die Mutter schafft auch in der Werkstatt mir,
 Ich kenne jedes Leid ... ich muß dich lieben.“

Uda Regel.

Von Gertrud Hanna.

„Nur Arbeit kann uns retten!“ So ruft das Unternehmertum, und es speert Tausende von Arbeitnehmern aus, wenn sie sich Unternehmerwünschen nicht willenlos fügen.

„Zurück zur Einfachheit und Sparsamkeit!“ So rufen die Besitzenden, und sie überbieten sich gegenseitig im Zurschaustellen von Luxus und Verschwendung verlangen aber Beschränkung des Einkommens der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Diese Schlagworte, die auch im Wahlkampfe eine Rolle spielen, sollen dazu dienen, die Gründe für die Notlage unseres Volkes und unseres Landes zu verschleiern, sie sollen helfen, Wahlstimmen zu fangen, damit in Zukunft die Durchführung arbeiterfeindlicher Absichten gesichert ist.

Arbeiterinnen, seid auf Eurer Hut!

Das Unternehmertum ist energisch bemüht um die Zusammensetzung der Parlamente nach ihrer Richtung, die eine Garantie bietet für arbeiterfeindliche Politik. Es unterstützt die Parteien mit großen Geldmitteln, die sich verpflichten, gegen Arbeiterschutz und Sozialpolitik zu wirken.

Pro Kopf der beschäftigten Frauen und Männer sollen 2 bis 4 M. für den Wahlkampf von der Industrie aufgebracht werden. Dafür ist Geld vorhanden. Wenn die niedrigen Löhne aufgebessert werden sollen, heißt es: Die Wirtschaft leidet Not und kann eine größere Belastung nicht tragen.

Mit der gleichen Begründung wird der Achtfundentag abgelehnt. Daß durch Verlängerung des Arbeitstages die Zahl der Erwerbslosen um Tausende vermehrt wird, spielt keine Rolle. Ebenso wenig wird danach gefragt, was aus den verheirateten und unverheirateten Frauen wird, die heute mehr als zuvor nach Feierabend und ehe sie zur Arbeit gehen, Hausarbeit verrichten müssen. Heute reicht das, was weibliche Arbeitnehmer in Industrie- und Handelsbetrieben verdienen, noch viel weniger als früher aus zur Deckung des Lebensbedarfs. Da heißt es denn für unendlich viele, neben der Erwerbsarbeit selber waschen, nähen, flicken, stopfen usw., für sich selber und für den Mann und die Kinder und auch in der Wirtschaft alles selber besorgen.

Arbeiterinnen! Ein langer Arbeitstag, wie ihn das Unternehmertum wünscht, würde Euch geradezu zu Kastrierten machen. Er würde Euch die ohnehin schon knappe freie Zeit noch mehr beschränken und damit auch das bisschen Freude am Leben.

Mit der Verlängerung der Arbeitszeit steigt die Zahl der Erwerbslosen. Damit erhöht sich die Unsicherheit Eurer Existenz. Es steigt damit aber für die Unternehmer die Aussicht auf Verschlechterung Eurer Löhne und anderer Arbeitsbedingungen mit Hilfe der arbeitslosen Reservearmee.

Diese Aussicht ist schon ein Opfer wert. Die 2 bis 4 M. Wahlgelder pro Kopf der beschäftigten Arbeitnehmer kommen wieder heraus, wenn dadurch arbeiterfeindliche Politik gesichert ist.

Arbeiterinnen! Das dürft Ihr nicht ruhig hinnehmen. Dagegen müßt Ihr Euch wehren am 7. Dezember durch Abgabe Eurer Stimme für die sozialdemokratische Partei. Tut Ihr es nicht, müßt Ihr und müssen alle auf Erwerbsarbeit angewiesenen Volksgenossen es büßen durch Verschlechterung Eurer Lebensbedingungen.

Schon in den letzten Monaten war es der bürgerlichen Mehrheit möglich, zu erreichen, daß Reichs- und Staatsmittel für die Unterstützung Erwerbsloser so gut wie gar nicht mehr hergegeben werden. Die Mittel hierfür müssen jetzt durch Beiträge von den Arbeitnehmern selber aufgebracht werden. Trotzdem haben sie keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung. Nur wer als bedürftig betrachtet wird, erhält Unterstützung.

Die Wirtschaft kann sich den Luxus einer Erwerbslosenunterstützung mit Rechtsanspruch nicht leisten, erklären die Unternehmer. Und damit sie sicher gehen, daß eine solche Einrichtung nicht doch getroffen wird, geben die Unternehmer große Mittel her für Unterstützung der Rechtsparteien.

Für die auf Erwerbsarbeit angewiesenen weiblichen Arbeitnehmer ist dies von ganz besonderer Bedeutung. Bei ihnen wird bekanntlich besonders streng verfahren bei der Beurteilung der Frage, ob Bedürftigkeit vorliegt. In manchen Orten werden arbeitslose Frauen bis zu 21 Jahren überhaupt nicht unterstützt, obgleich auch diejenige Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge vom Lohne abgezogen werden. Jetzt sollen die weiblichen Hausangestellten gänzlich aus der Erwerbslosenfürsorge herausgenommen werden. Solche Maßnahmen treffen die auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen hart, und sie erhöhen die Gelegenheit, die Löhne niedrig zu halten und auch die sonstigen Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Eine Aenderung zum Bessern kann nur eintreten, wenn der Einfluß der Rechtsparteien gebrochen wird. Das

geschicht durch Stärkung des Einflusses der Sozialdemokraten. Hierzu beizutragen durch Abgabe eines Stimmzettels für die Sozialdemokratische Partei ist deshalb Pflicht einer jeden Arbeiterin.

Die Abgabe des Stimmzettels am 7. Dezember entscheidet über das Schicksal des deutschen Volkes.

Arbeiterinnen, gebt am Wahltag Eure Stimme der Sozialdemokratischen Partei!

Frauen und Kommunisten.

„Was versteht ihr Frauen von Politik! Auf den dümmsten Schwindel unserer Gegner fallt ihr herein!“ Welche Arbeiterin, die Tag für Tag im Betrieb neben männlichen Arbeitern steht, hat nicht schon diese Antwort bekommen, wenn sie zu irgendeiner politischen oder auch nur Betriebsfrage ihre Meinung sagte. Mit dieser Antwort haben die männlichen Arbeiter aber sehr unrecht. Wohl kümmern sich leider viele Frauen nicht so viel um Politik, wie es in ihrem eigenen Interesse wie im Interesse Ihrer ganzen Klasse zu wünschen wäre. Aber man kann der Arbeiterin im Betrieb gewiß nicht nachsagen, daß sie besonders leicht auf Agitationschwindeln hereinfiel. Im Gegenteil! Die Zahl der Männer, die auf die Mädchen der Kommunisten hereinfallen, ist im Verhältnis viel größer wie die der Frauen. Die Zahl der Kommunistinnen ist in allen Betrieben verschwindend klein. Allerdings ist auch die Zahl der kommunistischen Arbeiter sehr zurückgegangen, und die Wahl am 7. Dezember wird zu einer gewaltigen Niederlage der Kommunisten werden.

Heute lassen sich denkende Arbeiter und Arbeiterinnen nicht mehr von den Kraftmeistereien der Kommunisten einfangen. Sie haben aus den Erfahrungen der letzten Jahre gelernt! Ganz besonders der letzte Reichstag, der nun glücklicherweise aufgelöst ist, hat den Arbeitern gezeigt, was sie von den Kommunisten zu erwarten haben. Mit Kindertrompeten haben die kommunistischen Abgeordneten dort viel Lärm gemacht. Das war die Hauptsache! Bei allen wichtigen Abstimmungen standen sie an der Seite der Bölkischen und der Deutschnationalen.

Die wichtigste Abstimmung des letzten Reichstags betraf die deutsche Außenpolitik. Die Arbeiterschaft braucht die friedliche Verständigung mit England und Frankreich. Das ist der einzige Weg, der uns den Wiederaufbau unserer Wirtschaft ermöglicht. Es ist zugleich der einzige Weg, um dem Riesenheer der Arbeitslosen wieder Arbeit zu verschaffen. Sind die Arbeitslosen erst einmal wieder in den Betrieben und haben die Werke genügend Aufträge, dann wird es auch den Arbeitern und Arbeiterinnen wieder möglich sein, ihre sozialpolitischen Forderungen durchzusetzen, den Achtstundentag zurückzuerobern und höhere Löhne zu erkämpfen.

Daran haben die Kommunisten kein Interesse. Sie stellen ihre Forderungen, wie Achtstundentag, Lohnerhöhungen usw., nicht auf, um sie den Arbeitern wirklich zu erkämpfen. Sie benutzen diese Forderungen nur als Agitationsmittel. Als es

Das ist der Stimmzettel:

Reichstagswahl 1924.

1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	+	1
2		○	2
3		○	3

usw.

Unsere Liste führt in jedem Wahlkreis die Nummer 1. Jede Wählerin muß in dem Kreis neben der Eins ein Kreuz oder einen Strich machen!

galt, im Reichstag für eine friedliche Verständigungspolitik zu kämpfen, da stimmten die Kommunisten Seite an Seite mit den Bölkischen und einer Hälfte der Deutschnationalen gegen die entsprechenden Abkommen mit den Siegerstaaten. Von den Bölkischen und Deutschnationalen, die den Nachkrieg gegen Frankreich predigen, war nichts anderes zu erwarten. Sie vertreten die Interessen der früheren Offiziere und Kriegsgewinnler. Daß aber die Kommunisten einen solchen Verrat an den Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen begehen konnten, das begreift nur der Arbeiter, der bedenkt daß die KPD. von den Russen bezahlt wird, und daß die russische Regierung ein Interesse an einem rechten Durcheinander in Europa hat. Für das wohlgefüllte russische Portemonnaie haben die Kommunisten die Interessen der deutschen Arbeiter verkauft. Sie spielen mit dem Frieden. Sie beschwören die Gefahr eines neuen Krieges herauf, in dem das waffenlose Deutschland, und vor allem sein Proletariat, ungeheure Opfer zu bringen hätte.

Der 7. Dezember wird ein Tag der Abrechnung sein mit der gewissenlosen Politik der Kommunisten. Jede Arbeiterin, die am Wahltag kommunistisch stimmen würde, setzte damit ihren Mann, ihren Sohn, sich selbst den Gefahren und dem maßlosen Leid eines neuen Krieges aus. Zugleich würde sie damit in ihrem Betrieb den Einfluß derjenigen stärken, die wohl am lautesten schreien können, die aber versagen, wenn wirklich etwas für die Arbeiterschaft, speziell für die Arbeiterinnen herauszuholen ist.

Wer den Frieden will und den Achtstundentag, wer die Partei fördern will, die noch am ehesten Lohnerhöhungen durchsetzen kann und die immer gekämpft hat für die Gleichberechtigung der Frauen, wer zu der Partei gehören will, die am 7. Dezember siegt, der wählt sozialdemokratisch.

Anna Geyer.

Allen Frauen Wahlparole ist die Sozialdemokratie!
Wählt Liste 1, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!
Tretet der Partei bei! Werbt Leser für den „Vorwärts“!

Beitrittserklärung.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei (Bezirk Berlin, Abteilung _____)

An Beiträgen entrichte ich: Eintrittsgeld 50 Pfennig,

Wochenbeiträge männl. 20, weibl. 10 Pf., Sa. _____ M.

_____ den _____ 1924.

Vor- und Zuname: _____

geb. am _____ zu _____

Staatsangehörigkeit: _____ Stand: _____

Wohnung: _____

(Bei der Aufnahme ist sehr erwünscht, daß außer dem Eintrittsgeld mindestens die Beiträge für einen Monat (4 Wochen) gezahlt werden.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Frauenstimme“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

(Monatlich 3.— Goldmark, wöchentlich 70 Goldpfennig.)

Name: _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____